Nr. 306 2. Ausgabe

Sonntag, 9. November 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Die 41 mm breite Kolonelzeile kostet 80 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Stellen- und Arbeitsmarkt 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach Tarif. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Personen nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ungültig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annoncenbüros sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifblatt an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.00, vierteljährlich M. 9.00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M. 2.60, vierteljährl. M. 8.00
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 3.15 „ „ 9.45
Postbezug im Ausland u. Einzugung in den Postlisten.
Anzeigensendungen wöchentlich M. 1.20, nach dem Auslande M. 1.80
Einzelnummer werktags 10 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Der neunte November

Der neunte November geht durchs Land. Der Tag ist voll schwerer Erinnerungen. Stimmungen ist er aus, die unser Volk von neuem tief zerklüften. Vorhandene Abgründe gähnen auf bis zu ihren unterste Tiefen. Hier feiert man, dort trauert man. Hier fordert man gründlichen weiteren Fortschritt, dort gründliche rasche Wiederkehr zum Vergangenen. Als schwarzen Tag wollen ihn die einen, als festlichen Tag die andern in den Kalender der Zukunft eingezeichnen. Volk und Vaterland werden vergessen über dem gegenseitigen Groll, über der heiß lodernden Wut der Parteien aufeinander. Volk und Vaterland drohen zu versinken in dem Abgrund, der sich zwischen den Parteien auftut. Denn was helfen alle schönen Erinnerungen und alle schönen Hoffnungen, was hilft der Traum von einem kommenden imperialistischen oder von einem kommenden sozialistischen Deutschland, wenn diese Träume in der Gegenwart, in dieser kritischen, lebensgefährlich notbelasteten Gegenwart das Volk in zwei feindliche Hälften auseinanderreißen! Fieberträume! Und am Krankenlager sitzt der Tod! Fremdes Joch drückt uns; neuer Bürgerkrieg scheint täglich zu drohen; alle Wunden der schauerlichen Zeit, der Tage des Zusammenbruchs brechen von neuem auf und bluten und bluten. Die Lebenskraft unsres Volkes strömt mit diesem Blute dahin. Jede Partei meint es in ihrer Art mit Volk und Vaterland gut. Aber jede Partei hält die andre für wahnsinnig. Keine von beiden Parteien merkt, daß sie mit all ihrem guten Willen die Fiebertemperatur erhöht, die Wunden weiter aufreißt, das warme Lebensblut unsres Volkes rascher verströmen läßt. Wo ist der Arzt, der helfen könnte? Wo ist der starke Führer, der mit weiter Mahnung zur Besonnenheit sich Gehör zu verschaffen wüßte?

Aber dürfen wir auf Führer warten? Wir selbst müssen Führer sein! Nicht aus Anmaßung, sondern aus dem dringenden Verlangen heraus, unserm kranken Volke zu helfen. Können wir nicht Führer sein im großen Kreise, so wollen wir's sein im kleinen. Diese Führer müssen sich finden, viele Kreise müssen sich bilden, kleine und große. Jeder muß helfen nach seinen Fähigkeiten und nach seinen Gelegenheiten. Aus kleinen Kreisen, aus kleinen weitschauenden Gemeinschaften von wenigen edeldenkenden Menschen sind die größten kulturgeschichtlichen Bewegungen immer ausgegangen. Von solchen heiligen Gemeinschaften muß auch die Rettung unsres Vaterlandes kommen. Der Gemeinschaftsgeist, der im großen so völlig verlorengegangen ist, muß sich erst in den Zusammenkünften und Vereinigungen einzelner Menschen wieder bilden. Da muß er starken Rückhalt finden, da muß er tief Wurzel schlagen in höchsten religiösen Ueberzeugungen, in ernstesten sittlichen Wollen, im vorsichtigsten gewissenhaftesten Denken. Nur was so tief wurzelt, wächst stark in die Höhe empor, hält stand auch in den wildesten Stürmen.

Ohne Säuberung werden wir nicht zur Reinheit kommen. Gewiß entspringt die Lust an der Selbstgeißelung einem krankhaften Zustand, und man hat das Flagellantentum nach allen großen Zusammenbrüchen in der Geschichte der Völker beobachten können. Aber unser guter Wille zur Aufklärung und Wahrheit muß und doch die Welt wieder erobern helfen, in der wir allein aller Sünden gezeihen werden. Heute fahren wir nur noch falsche Verheimlichung dessen zu fürchten, was war. Und aus diesem Grund allein schon machen wir uns jetzt erst schuldig, wenn wir als Wissende die Wahrheit unterdrücken wollten. Aber wir wollen kein Pharisäergerücht, wollen keine Sündenböcke zur Entlastung feindlicher Schuld und Mitschuld liefern. Aus dieser Erkenntnis müssen wir uns aber auch sagen, daß bei allen Fehlern und Mängeln der heute Regierenden nicht ihnen die Schuld an allem, was krank und klebt und bedrückend ist und was unsrer harten Arbeit Berg geschafft hat, in die Schuhe geschoben werden darf. Zweifellos hat sich unsre wirtschaftliche Lage seit der Revolution noch um vieles verschlimmert, und es ist nicht zu leugnen, daß die Revolution wie der Krieg ihr Elend im Gefolge hat. Aber nur, wer vom Staate, von Regierenden Wunder heischt, die es nie gegeben hat, kann diese zugleich auch für die Bilanz des Kriegsjammers und das, was sich als Strafe der Völker vor dem Krieg und der Sünden der Kriegsverlängerer nun geltend macht, verantwortlich machen. Seien wir gerecht! Aber mögen es auch alle die Schlagwortfeigmacher und Doktrinäre sein, die, wie stets in Revolutionszeiten und mit der gleichen Unduldsamkeit für orthodoxes Ketzergericht lieber heute als morgen auf allen Marktplätzen errichten möchten. Noch nie ward ein Volk durch Kräftevernichtung härter. Und wenn einer über Stand und Hütte richten will, dann darf er nicht wie der doktrinäre und der Straßenrechtsfaschismus die Hetzer der Bekämpfen für seine Zwecke erneuern. Es gibt keine alleinseligmachende Partei, wie es kein ausgeklügeltes System gibt, das keiner je erprobt hat und das an die Stelle unsres Wirtschaftslebens gestellt werden kann, wie man ein Küchengerät durch ein andres ersetzt. Nur organisch Gewachsenes ist lebensfähig, und ein armes Volk, wie wir, darf weder gefährliche Experimente machen, noch ein Pfund von dem verschleudern, was uns geblieben ist. Wir haben mehr Freiheit und Volksrechte als irgendein andres Volk. Wer uns das Gegenteil verlügt, will nur aus neuem Bürgerkrieg seine Mäntelgier befriedigen. Und nur diejenigen, die aus der großen schweren Zeit auch Großes zu lernen bereit sind, können helfen.

Wir brauchen wuchtige, erhabene Gedanken, keine billigen Schlagworte, brauchen selbstlosestes sachliches Wollen, keine Selbstweihräucherung. Und gerade an diesem Tage, an diesem schicksalsschweren neunten November wollen wir Einkehr halten. Wir wollen das ganze Wurzelgeflecht seiner Ursachen bis in alle Einzelheiten hinein zu begreifen suchen, wir wollen alle Möglichkeiten seiner Folgen vorurteilslos prüfen und die Aeste herausfinden, die Früchte tragen können. Wir wollen aus dem weltgeschichtlichen Tag keinen verbissenen Trauertag machen und keinen leichtfertigen Jubeltag. Wir wollen einen Tag ernster Einkehr aus ihm machen. So kann er zu einem ernsten Feste werden, so kann er im Geiste der Versöhnung, im Geiste neuer Gemeinschaft, im Geiste ernsthaften Arbeitswillens unsre besten Menschen inmitten der furchtbaren Kluft zusammenführen und einen ersten Baustein liefern zu der Brücke, die zu neuer Volksgemeinschaft, zu neuem Vaterlandsbewußtsein führt.

Die Lage in Berlin

* **Berlin**, 8. November. Zum morgigen Revolutionsjahrestag äußerte sich Polizeipräsident Ernst zu einem Mitarbeiter der „Nat.-Ztg." folgendermaßen: „Ich sehe dem morgigen Tage mit vollkommener Ruhe entgegen. Nach den Informationen, die mir bis jetzt zugegangen sind, beabsichtigen die Unabhängigen keine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Wie sich die Kommunisten verhalten werden, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Wir sind selbstverständlich auf alle Möglichkeiten gefaßt und haben umfangreiche Maßnahmen getroffen."

* **Berlin**, 8. November. Die Verhaftung der Mitglieder des Roten Vollzugsrats ist bisher nicht aufgehoben worden. Es ist auch über deren Freilassung bis zur Stunde kein Beschluß gefaßt worden. Es ist möglich, daß es während der Versammlungen der U.S.P. zu Ruhestörungen kommen wird. Die Unabhängigen befürchten nämlich die Einmischung von Kommunisten in ihre Versammlungen, was zu Streitigkeiten zwischen den Anhängern der beiden Parteien Anlaß geben könnte.

Der Revolutionstag in München

* **Berlin**, 8. November. Aus München wird gemeldet: Im Laufe des heutigen Vormittags wurden von Abordnungen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Gräber der Revolutionsopfer, darunter auch diejenigen der Geiselmörder, mit Kränzen und Blumen, die teilweise rote Schleifen trugen, geschmückt. Die Straßenbahn muß, nach dem Willen der meisten unabhängigen Betriebsräte dieses Unternehmens, ihren ganzen Betrieb einstellen. Dieser Beschluß verursacht der Stadt einen Ausfall von etwa 100 000 Mark.

Die Urabstimmung über den Metallarbeiterstreik

* **Berlin**, 8. November. Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird gemeldet: Die Urabstimmung über die Aufhebung des Streiks hat heute vormittag begonnen. Sie wird wahrscheinlich, wenn sie heute nicht zum Abschluß gebracht werden kann, morgen beendet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Urabstimmung für vollständige Wiederaufnahme der Arbeit ausfallen wird.

Die Wirkungen der Kohlennot

* **Berlin**, 8. November. In der preußischen Landesversammlung wurde heute die Beratung des Berghaushalts begonnen. Dazu hielt der Minister Fischbeck eine Rede, die mit außerordentlicher Bewegung im Hause aufgenommen wurde. Der Minister sprach über die Zustände in der Kohlenerzeugung. Er führte aus, daß wir bei ungeführter Produktion in den kommenden fünf Wintermonaten bis zum April 1920 etwa 43½ Millionen Tonnen Steinkohlen und 20 Millionen Tonnen Braunkohlen erzeugen würden. Dem gegenüber steht aber ein Bedarf, einschließlich der Abgaben an die Entente, von 66½ Millionen Tonnen Steinkohlen und 38 Millionen Tonnen Braunkohlen. Es ist also mit einem Mindererergebnis an Steinkohlen von 23½ Millionen Tonnen und an Braunkohlen von über 15 Millionen Tonnen zu rechnen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer großen Einschränkung unsrer Industrie. Es ist Nationierung des Kohlenbedarfs geplant, wie sie jetzt schon bei den Ziegeleien und Zementfabriken besteht. Eine große Anzahl von Fabriken soll ganz stillgelegt werden. Hüttenwerken und Kokereien werden wir drosseln müssen. Den Verbrauch von Elektrizität und Gas werden wir erheblich einschränken müssen. Weitere Notwendigkeiten sind eine Herabdrückung auch des Bedarfs für den Hausbrand, eine erneute Einschränkung des Güterverkehrs und eine außerordentlich scharfe Zurückdrängung des Personenverkehrs. Der Minister gab unter lebhafter Zustimmung des Hauses der Meinung Ausdruck, daß es ein ungeheures Verbrechen wäre, die Notlage unsres Volkes auch parteiagitatorischen Gründen noch weiter zu verschärfen, und verlangte verständnisvolle Zusammenarbeit aller Parteien zum Wiederaufbau, besonders auf dem Gebiete der Kohlenerzeugung.

Keine Kohlenausfuhr aus dem Saar-Gebiet

× **Versailles**, 8. November. Wie „Intransigeant" mitteilt, hat General Andlauer bestimmt, daß vorerst jede Ausfuhr von Kohlen aus dem Saar-Gebiet nach Deutschland, neutralen Ländern und Frankreich alliierten Ländern zeitweise eingestellt wird. Außerdem werden den Bergarbeitern Ueberstunden bezahlt, um der Kohlennot Frankreichs steuern zu können.

Vor einer Welt-Katastrophe

× **Amsterdam**, 8. November. Die „Times" melden aus New-York, daß Paul Warburg, der während des größten Teiles des Krieges die leitende Kraft des amerikanischen Federal Reserve Board war, nach seiner Reise nach Europa, wobei er auch Deutschland besuchte, eine Denkschrift veröffentlicht hat, in der er erklärt, die Welt stehe am Rande des Zusammenbruches und des Bankerotts. Der Selbsterhaltungstrieb Amerikas erfordere dringend, daß es den vom Kriege mitgenommenen Ländern die weiteste finanzielle Unterstützung gewährt.

Resignation Wilsons

× **Amsterdam**, 8. November. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus London, daß Präsident Wilson in einer Unterredung mit dem Senator Hitchcock erklärte, er würde sich zufrieden geben, wenn die Vorbehalte keine ernstliche Schmälerung der Tendenz des Völkerbundes bedeuteten.

Die Schlußabstimmung im Senat

× **Versailles**, 8. November. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Washington meldet, es sei wahrscheinlich, daß die Schlußabstimmung über den Friedensvertrag im Senat am 15. d. M. stattfinden werde.

× **Amsterdam**, 8. November. Das Pressebureau Nablo meldet, daß Senator Borah nach der Ablehnung der Abänderungsanträge Gors seine beiden Anträge auf Streichung der Artikel 10 und 11 aus dem Friedensvertrage zurückzog. Damit ist das Abänderungsverlangen des Senats beendet.

Die Ostsee-Blockade

☞ **Haag**, 8. November. (Ein. Drahtbericht.) Im englischen Unterhaus gab der Vertreter des Auswärtigen Amtes zu der neuen Blockade gegen Deutschland folgende Erklärung ab: Der einzige Sinn, in dem diese Blockade gegen Deutschland durchgeführt wird, ist, daß für deutsche Schiffe die freie Fahrt in der Ostsee zeitweilig aufgehoben ist. Diese Maßregel wird bei aller unumgänglichen Rücksicht für nichtdeutsche (!) neutrale Waren, die in deutschen Schiffen geführt werden, nur für die lokale deutsche Schiffahrt und Küstenschiffahrt durchgeführt. Die Aktion ist das Ergebnis einer Entscheidung der Friedenskonferenz.

Gegen die Ablieferung der Schwimmdocks

× **Hamburg**, 8. November. Ebenso wie der Verein Hamburger Reeder in einem Telegramm an die Reichsregierung hat die Hamburger Handelskammer in einem Schreiben an das Auswärtige Amt gegen die jüngste Forderung der Entente nach Auslieferung von Schwimmdocks, Kränen, Schleppern und Baggern schärfsten Widerspruch erhoben, da dies die Einstellung des Betriebs der Werften bedeuten und den Wiederaufbau der Seeschiffahrt auf Jahre hinaus lahmlegen würde.

Die Ueberwachung der Angeklagten

⊙ **Rotterdam**, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" zufolge wird 14 Tage nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Ententekommission zur Ueberwachung der vor dem alliierten Gerichtshof vorzuladenden Deutschen nach Deutschland abreisen.

⊙ **Rotterdam**, 8. November. (Ein. Drahtbericht.) Der „Courant" meldet, daß unmittelbar nach der Rechtskräftigkeit des Friedensvertrages von Versailles, die bis jetzt bestehende Ueberwachung des Deutschen Kronprinzen und die Beschränkungen gegen den früheren Deutschen Kaiser aufgehoben werden.

Ausmerzung deutscher Denkmäler

⊙ **Basel**, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus dem Elsaß hat Millerand den amtlichen Befehl gegeben, daß sämtliche Denkmäler deutscher Fürsten und Feldherren aus dem Elsaß bis zum 11. November zu entfernen sind, soweit sie nach 1870 errichtet worden sind. Die Verordnung findet auch auf Kriegsdenkmäler Anwendung und auf militärische Erinnerungsdenkmäler der Schlachten von 1870/71.

Die Wacht über das Gold am Rhein

× **Versailles**, 7. November. Vor der Vereinigung der Finanzpresse führte der Finanzminister Klotz aus, daß Frankreichs ausländische Schuld nur 30 Milliarden betrage, davon entfielen 27 auf England und Amerika. Frankreich habe 12 Milliarden seinen Alliierten während des Krieges geliehen. Weder der englische noch der amerikanische Markt seien bis jetzt Frankreich geöffnet worden. Es habe für den Wiederaufbau schon 10 Milliarden den Staatskassen entnommen. Die Steuern würden in diesem Jahre mehr als 10 Milliarden einbringen. Wenn man sie um 50 Prozent erhöhte, wäre das Gleichgewicht des Budgets hergestellt. Durch eine große Anleihe müsse die schwebende Schuld konsolidiert werden. In der Zeit von 1913 bis 1918 seien die Käufe Frankreichs in England um 470 Prozent gestiegen, die Verkäufe Frankreichs an England jedoch um 26 Prozent zurückgegangen. Der Unterschied zwischen dem Verkauf an Amerika und dem Einkauf in Amerika habe sich 1918 auf 111 Prozent belaufen, im Jahre 1917 aber die ungeheure Ziffer von 1335 Prozent erreicht. Klotz fragte: Was hätte es für einen Zweck gehabt, mehr von Deutschland zu verlangen, wenn man sicher gewesen wäre, nicht bezahlt zu werden? Es werde an Frankreich, seinen Alliierten und an dem Völkerbund liegen, dessen Finanzabteilung ohne Verzug eingerichtet werden müsse, um gute Wacht über das Gold am Rhein zu halten.

Die Franzosen am Rhein

Von unserm -n-s Sonderberichterstatter

*** Am Rhein, 8. November

Die Mehrzahl unsrer männlichen Bevölkerung kennt „besetztes Gebiet". Sie haben es gesehen in Frankreich und Belgien, im Osten und Süden Europas, sie haben jahrelang (zu ihrer Ehre sei es dankbar mitgeteilt) unter den bedrückten Mienen der Einwohner, haben schweren Herzens nach Kriegsrecht gegen Einwohner verfahren müssen. Aber wohl nicht der Tausendste hat jemals gedacht, daß auch deutsches Land lange, lange Zeit „besetztes Gebiet" sein würde, länger als die Lande, die wir besetzt hielten. Heute noch ist uns, die wir des öfteren „hinüberwechseln", eigentlich die Vorstellung trotz aller traurigen Wirklichkeit ganz unfaßbar, daß die Rheinufer von der fremden Völkerwelle überflutet sind. Wir greifen unwillkürlich nach jenem Schriftstück, „Laukonduit" genannt, in dem uns der capitaine Dulos, officier de la circulation, die „autorisation, de se rendre de Francfort à Mayence et Wiesbade" erteilt.

Lange dauerte es, bis in diesem Paßwesen erträgliche Zustände sich herausgebildet haben. Die nächsten Verwandten waren monatelang voneinander getrennt, während auf wenig strupelhafte Art sich die Gilde der Schieber längst Pässe verschaffen konnte. Jene Zeiten sind nun freilich vorbei, wo die Züge vollgestopft waren von kleinem Schmuggelgut, wo eifrige Vielfahrer mit zwei täglichen Touren an einigen Kilos Schokolade kleine Vermögen verdienten, denn die großen Schieber haben den Ausgleich längst hergestellt, und drüben ist kaum noch etwas billiger zu haben als im unbesetzten Deutschland. Also das besetzte Gebiet ist keineswegs das Land, wo Milch und Honig fließt, und ein Grund zum Neid, wie ihn kleine Seelen im Innern des Landes vielleicht einmal fanden, ist keineswegs vorhanden. Man vergesse niemals das Riesenopfer, das ein kleiner Teil Deutsche dem Vaterland bringt, man vergesse nie die furchtbaren seelischen Leiden, denen jene Bevölkerung ausgesetzt ist und deren Größe man erst ermessen kann, wenn man bei der Fahrt über die Grenze die befreiten Geister aufleben sieht. Sieht, wie ein Aufdruck weiche und die zurückgehaltenen Klagen hervorquellen. Deutscher sind unsre Rheinländer als viele, viele im weiten Vaterland, und in jenen schwarzen Tagen, die um die Annahme des Friedensvertrages lagen, konnte man weit öfter den Ausdruck vaterländischer Gesinnung am Rhein vernehmen als am Main. Es mag darauf noch weiter zurückzukommen sein.

Wer ins besetzte Gebiet kommt und vielleicht erfüllt von stillem Grimm auf die fremden Soldaten, wird freilich nicht auf seine Rechnung kommen. Der einfache französische Soldat macht durchweg einen vorzüglichen Eindruck. Er ist bei der Paß- und Gepäckrevision höflich und sachlich, sauber gekleidet, als Mensch meist nicht unsympathisch, militärisch weit strammer, als wir ihn in Friedenszeiten in Frankreich selbst zu beobachten Gelegenheit hatten. Das mag ja nun darauf zurückzuführen sein, daß hier die Auslese eines Millionenheeres versammelt ist und daß besonders in den großen Städten nur die besten Truppen liegen. Auf die Dauer jedoch, wenn man tiefer schaut und das Leben genauer beobachtet, verliert er ein gut Teil dieser anfänglichen Achtung, wenn nicht alle. Es ist Theater, Theater vom Schritt auf die Straße bis zur kleinsten Handlung. In Wirklichkeit ist der Franzose rücksichtslos, leicht beleidigt, übelnehmerisch und schnell zu Gewalttätigkeiten geneigt. Der Einheimische weicht ihm daher aus, wo er kann, und will mit ihm nichts zu tun haben, und — so merkwürdig das klingen mag — der farbige Soldat wird mit weit weniger Abneigung gesehen. Das seltsame Völkergemisch des Kolonialheeres ist ja in seiner Mannigfaltigkeit sehr stark vertreten, und es wimmelt von Vertretern aller Hautfarben vom Tone des schlechteren Kaffee-Ersatzes" bis zum schwärzesten Bohnenkaffee. Die Schwarzen in ihrer malerischen Tracht sind harmlose Menschen, die niemandem etwas zuleide tun, die im Gegenteil ihr gerüttelt Teil Angst vor der Peitsche und dem Stock ihrer weißen Dressure auf alle Träger der hellen Hautfarbe übertragen und daher zum Beispiel niemals allein über die Straße gehen. Im übrigen sind sie wie die Kinder, können stundenlang vor Läden mit glitzernden Auslagen stehen und bunte Plakate betrachten. Eine besonders prächtige Truppe waren die Spahis. Mit ihren kleinen Pferdchen sausten sie wie der Wirbelwind durch die Straßen, Bürgersteige bestanden für sie nicht.

Das war freilich nur einer der kleinsten Nachteile der militärischen Belästigung der Franzosen. Die stärkste ist die übermäßige Inanspruchnahme von Quartieren. In einer mittleren Stadt wie Mainz, das ja als früherer Hauptwaffenplatz schon sowieso sehr viele Kasernen besaß, wurden außer diesen noch sämtliche Wohnungen belegt, in denen jemals deutsche Offiziere oder Militärbeamte gewohnt haben. Zu welchen Folgen eine solche Bestimmung führt, kann sich jeder leicht ausmalen. Noch heute kommt es täglich vor, daß Leute auf Grund einer Denunziation den Befehl erhalten, innerhalb 48 Stunden ihre Wohnung zu räumen, ohne die Einrichtung mitnehmen zu dürfen, weil einmal ein Offizier dort gewohnt hat. Als Ersatz weist man ihnen ein — geräumtes deutsches Lazarett an, wo früher Geschlechtskranke untergebracht waren. Ein weiteres typisches Beispiel: eine Familie hatte Einquartierung durch einen Offizier, der sich allmählich auch Frau und Kind nachkommen ließ. Das Kind litt an einer unsauberen Gewohnheit, die die Betten völlig ruinierte, und als sich der Wohnungsinhaber beschwerte, zog zwar der Offizier aus, aber er erhielt sechs Mann Kolonialtruppen ins Quartier, die die direkte Weisung hatten, dort wie die Wilden zu hausen und das auch redlich erfüllten.

Da die Franzosen bei uns infolge des Tiefstandes unsrer Valuta viel billiger leben als zu Hause — der Leutnant erhält zum Beispiel als Gehalt 500 Franken, das sind eben 1600 Mark im Monat — lassen sie natürlich nicht ihre Familien nachkommen und vermehren so die Wohnungsnot ins Unge-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191109 02/1